AfD-Ratsfraktion

Zu Punkt der Tagesordnung

Antrag				**Drucksache** 0088/2019
				Einbringung 29.01.2019
	Datum	**Gremium**	**Antragsteller/in**	
Ö	21.02.2019	Ratsversammlung	Ratsfrau Julia Brüggen	
Betreff: Resolution gegen das Gendern der Verwaltungssprache				

Antrag:

Die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel spricht sich gegen die Übernahme der „geschlechtergerechten Verwaltungssprache“ nach Hannoveraner Modell aus. Sie führt nicht nur zu einer weiteren Entfremdung zwischen den Bürgern und der Verwaltung bzw. der Politik, sondern führt zu einer Verballhornung der deutschen Sprache.

Begründung:

Die Verwendung gendergerechter Sprache für den gesamten Schriftverkehr der Stadtverwaltung (Emails, Pressemeldungen, Broschüren, Formulare, Flyer und Briefe usw.) führt dazu, dass Amtsdeutsch noch schwerer verständlich wird, weil es sich zu weit von der Alltagssprache der Bürger entfernt.
Die immer häufiger verwendete Substantivierung von Verben und Adjektiven, das Vermeiden des generischen Maskulinums und der maßlose Gebrauch des Gendersterns behindern das flüssige Lesen und Sprechen von Texten. Hilfskonstruktionen führen nicht selten zu einer Bedeutungsverschiebung.
Texte wider das Sprachgefühl zu gestalten und mit experimentellen Wortkreationen die deutsche Sprache der Lächerlichkeit preiszugeben, dient nicht der Antidiskriminierung von Andersgeschlechtlichen. Es ist unsinnig und teuer (z.B. Neudruck von Broschüren).
In Zeiten großer städtischer Herausforderungen, die sich mit den realen Problemen der Menschen (z.B. Mangel an bezahlbarem Wohnraum) befassen, ist die Verschwendung von Mitteln und Ressourcen für diese politisch und ideologisch begründete Sprachverbiegung nicht vermittelbar.

gez. Ratsfrau Julia Brüggen f. d. R.
AfD-Ratsfraktion Kiel